

# Kernpunkte 2

Februar 2014 / Kurzdokumentation zur Kernenergie Diskussion: Tatsachen und Argumente

## Polen: grünes Licht für Kernkraftwerke

Der polnische Ministerrat hat ein Kernenergieprogramm verabschiedet, das die Inbetriebnahme des ersten Kernkraftwerks des Landes im Jahr 2024 vorsieht. Das Programm wurde bereits Mitte Oktober 2013 vom Wirtschaftsministerium bewilligt und nun in letzter Instanz auch vom Ministerrat. Ziel des Kernenergieprogramms ist es, die Voraussetzungen zur Einführung der Kernenergie in Polen zu skizzieren, die wirtschaftlichen Grundlagen zu entwickeln sowie einen Finanzierungsplan zu erarbeiten. Auch das Vorgehen zur Standortwahl soll initiiert werden. Mit dem Kernenergieprogramm wird zudem die polnische Kernenergiegesetzgebung erweitert und ergänzt. Mit der Ausweitung soll hauptsächlich den Erkenntnissen aus dem Reaktorunfall in Fukushima-Daiichi vom März 2011 Rechnung getragen werden.

## Russische Finanzierung für Paks-Ausbau

Das ungarische Parlament hat ein bilaterales Regierungsabkommen mit Russland genehmigt. Russland wird demnach Ungarn ein variabel verzinsliches Darlehen von umgerechnet 12,2 Milliarden Franken bereitstellen, um den Bau von zwei zusätzlichen Druckwasserreaktoren am Standort Paks zu finanzieren. Dort stehen heute vier Reaktoren in Betrieb. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 21 Jahren und könnte auch frühzeitig zurückbezahlt werden. Die Finanzierungsvereinbarung bietet vorteilhaftere Bedingungen als solche, die auf dem Markt erhältlich sind, betonte Wirtschaftsminister Mihály Varga gegenüber dem staatlichen Fernsehsender M1.

## Bewilligung für Neubau in Südkorea

Südkorea hat den Bau von zwei weiteren Kernkraftwerken am Standort Shin-Kori bewilligt. An diesem Standort an der südöstlichen Küste

stehen bereits zwei Anlagen in Betrieb und zwei in Bau. Die Bauarbeiten für die neuen Kernkraftwerke sollen im September 2014 aufgenommen werden. Sie sollen laut dem südkoreanischen Handels- und Energieministerium umgerechnet 6,3 Milliarden Franken kosten. Gegenwärtig stehen in Südkorea 23 Kernkraftwerke in Betrieb und fünf in Bau.

## Baubeginn für ersten Kleinreaktor

Am 8. Februar 2014 haben die Bauarbeiten für den argentinischen Reaktorprototyp Carem-25 offiziell begonnen. Der Carem-25 (Central Argentina de Elementos Modulares) hat eine elektrische Leistung von 25 Megawatt und ist der erste sogenannte Small Modular Reactor (SMR) in Bau. Die Baukosten werden auf 400 Millionen Franken geschätzt. Es gibt weltweit mehrere Länder, welche die Entwicklung solcher Reaktortypen ebenfalls vorantreiben, wie beispielsweise die USA und Russland. Modulare Kleinreaktoren zeichnen sich durch ihre geringe Leistung (unter 300 Megawatt) aus und können zu Gruppen mit bis zu zwölf Reaktoren zusammengekoppelt werden. Ihr mögliches Einsatzgebiet liegt in Ländern oder Regionen mit schwacher Infrastruktur oder in Industriegebieten zur lokalen Energieversorgung.

## Gute Noten für Tiefenlager-Partizipationsverfahren

Um bei der Standortsuche für geologische Tiefenlager in der Schweiz die Interessen der Betroffenen und Bedürfnisse der betroffenen Regionen gebührend berücksichtigen zu können, hat das Bundesamt für Energie (BFE) sogenannte Partizipationsgremien geschaffen. Das Büro Planval hat nun eine erste Studie zur Umsetzung und zu den Erfahrungen beim Aufbau der regionalen Partizipation vorgestellt und diesem Vorgehen gute Noten erteilt.

Redaktion:  
M.-F. Aepli, B. Bechtold,  
M. Brugger, M. Rey,  
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz  
Postfach 1021  
3000 Bern 14  
Telefon 031 560 36 50  
Telefax 031 560 36 59  
info@nuklearforum.ch  
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich  
ISSN 1421-0347

© 2014 Nuklearforum Schweiz

## **Axpo: Verzicht auf Uran aus Majak**

Der Verwaltungsrat der Axpo Holding AG hat am 24. Januar 2014 entschieden, auf Uranlieferungen aus Majak zur Herstellung von Brennelementen für das Kernkraftwerk Beznau zu verzichten. Der Entscheid fiel aufgrund der Ergebnisse unabhängiger, im Auftrag der Axpo durchgeführter Messkampagnen in Russland. Mitte November 2011 hatte die Axpo beschlossen, den Bezug von Uran aus der Aufarbeitungsanlage Majak zu sistieren, bis neue Messungen Klarheit über die Auswirkungen der heutigen Produktion auf die Umwelt schaffen. Zwischen Frühling 2012 und Frühling 2013 wurden im Auftrag der Axpo drei unabhängige radiologische Messkampagnen im Gebiet um den Uranaufarbeitungs-komplex Majak organisiert. Die nun vorliegenden Ergebnisse der Messkampagnen hätten laut Axpo keine eindeutigen Hinweise auf eine Verletzung der gültigen Umweltgrenzwerte durch den heutigen Betrieb ergeben, könnten dies aber auch nicht vollständig ausschliessen. Aufgrund dieser Erkenntnisse verzichtet die Axpo fortan auf einen Bezug von Uran aus Majak.

## **Neues Jodtabletten-Verteilkonzept ab Herbst 2014**

Jodtabletten werden künftig an all jene Personen im Voraus verteilt, die innerhalb eines Radius von 50 Kilometer um ein Kernkraftwerk wohnen. Diese Änderung des Abgabekonzeptes wurde nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima-Daiichi beschlossen. Der Bundesrat hat nun die entsprechende Verordnung verabschiedet. Zuständig für die Verteilung der Jodtabletten ist das Bundesamt für Gesundheit. Bisher wurden die Jodtabletten im Umkreis von 20 Kilometer um ein Kernkraftwerk im Voraus an die Bevölkerung verteilt. Für die übrige Bevölkerung werden die Jodtabletten heute dezentral in den Kantonen gelagert und müssten nach einem allfälligen Unfall innerhalb von zwölf Stunden verteilt werden. Da sich die Abgabe in grossen Agglomerationen wie Zürich, Basel oder Luzern innerhalb dieser Zeitspanne sehr schwierig gestalten würde, werden die Jodtabletten künftig auch in diesen Gebieten verteilt. Insgesamt erhalten damit rund 4,6 Millionen Menschen Jodtabletten. Heute sind es rund 1,2 Millionen. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 30 Millionen Franken und werden vollumfänglich von den Kernkraftwerksbetreibern übernommen.

## **Aufsichtsbeschwerden gegen Staatsanwaltschaften Aargau und Solothurn eingereicht**

Der Trinationale Atomschutzverband (Tras) und Greenpeace Schweiz haben Aufsichtsbeschwerden gegen die Staatsanwaltschaften der Kantone Aargau und Solothurn eingereicht. Im Dezember 2012 hatten Tras und Greenpeace bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen die Kernkraftwerk Leibstadt AG und die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG eingereicht. Sie warfen den beiden Unternehmen vor, die Bilanzen von 2011 gefälscht zu haben. Die Bundesanwaltschaft leitete die Anzeigen an die zuständigen Staatsanwaltschaften der Kantone Aargau und Solothurn weiter. Beide Staatsanwaltschaften eröffneten daraufhin eine Strafuntersuchung wegen Urkundenfälschung. Nach Abschluss der Ermittlungen kamen sie unabhängig voneinander zum Schluss, dass beide Betreiberfirmen ihre Bilanz korrekt ausgewiesen hatten. Nun werfen Tras und Greenpeace den Staatsanwaltschaften vor, die Urkundenfälschungen materiell nicht behandelt und ihre Untersuchungen nicht unabhängig voneinander angestellt zu haben.

## **EU-Kommission untersucht Grossbritanniens Kernenergieförderung**

Die Europäische Kommission hat eine Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob die von Grossbritannien angemeldeten Fördermassnahmen für den Bau und Betrieb des geplanten Kernkraftwerks Hinkley Point C mit dem EU-Beihilferecht vereinbar sind. Konkret wird die Kommission bewerten, ob der Bau eines Kernkraftwerks nicht auch unter Marktbedingungen ohne staatliches Eingreifen erfolgen könnte. Die Gesamthöhe der geplanten staatlichen Unterstützung könnte sich je nach Marktlage und Strompreisentwicklung auf bis zu umgerechnet 25 Milliarden Franken belaufen. Die Untersuchung wird auch als Präzedenzfall für künftige Fälle staatlicher finanzieller Unterstützung für Kernkraftwerke dienen, da die Europäische Kommission bisher keinen solchen Fall geprüft hat. Die Untersuchung hat keine formelle Frist.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter [www.nuklearforum.ch](http://www.nuklearforum.ch) bestellen.